



# Zeitung

Weltfeste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der "Wanderer" erscheint werktags, mittags. — Beauspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich Mark 2,70, in Poln.-Oberschl. monatlich 34 Zloty, im Vorraus zahlbar bei Haus. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 34 Zloty. — Preise freibleibend. — Betriebsstörungen, herborgerufen durch höhere Gewalt, sind und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einseitige mm-Seite 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einseitige mm-Seite 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amliche Finanz- und Heilmittelanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amliche Anzeigen auswärtig 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Seite 0,10 bzw. 0,40 Zloty. — Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. Beilagenabfuhr 4,— GM. Zeitschriften 10.—GM 100.— Bei gerichtl. Murr. bei Auktions oder bei Konkurs fällt jede Rabattbew. fort

## Die Politik nach den Osterfeiertagen

Das entscheidende Stadium des Wahlkampfs wird noch in dieser Woche eröffnet werden. Der Präsidentschaftskandidat des Weimarer Blocks, Dr. Briand, hat nunmehr seine bereits auf alle Einzelheiten festgelegte Wahlreise angetreten, während der Reichsbund seine Dispositionen für die in Aussicht genommenen Hindenburg-Kundgebungen trifft.

Während die Parteien sich ausschließlich dem Präsidentenwahlkampf widmen, wird die Reichsregierung bis zum 26. April kaum wichtige Arbeiten erledigen haben, da auch die auswärtige Politik bis zu diesem Termin keine entscheidenden Momente bringen wird. Innerhalb wird die Lösung der französischen Regierungslösung für die deutsche Außenpolitik von großer Bedeutung sein. Im Zusätzlichen Antw. nahm man an, daß Briand in Kabinett — vielleicht nur ein Übergangsministerium — austreten wird. Diese Annahme ist nicht bestätigt. Vielmehr sieht die Kabinettsspitze heute so, daß wahrscheinlich Briand mit Briart als Außenminister die Kabinettbildung verhindern wird. Diese Lösung wurde gegenüber einem Kabinett Briand für uns außenpolitisch eine bessere sein. Sollte dieses Kabinett zustande kommen, dann darf man annehmen, daß der Kurs des Kabinetts Briart beibehalten wird und die in London getroffenen Vereinbarungen weiterhin eingehalten werden. Bei einem Kabinett Briand bestand innerhalb die Besorgnis, daß er in einer gewissen Abhängigkeit gegenüber den Poincaré-Kreisen steht, daß er in der Frage der Räumung des Ruhrgebietes eine andere Haltung eingenommen könnten, als Briart. Briand hat tatsächlich mit Zustimmung der englischen Regierung s. St. den Einmarsch in die Städte Düsseldorf, Duisburg und Hürth vollzogen. Unter diesem Gesichtspunkt verdient die Ablehnung Briands vom deutschen Standpunkt aus besondere Beachtung.

Außenminister Dr. Stresemann ist inzwischen wieder in Berlin eingetroffen. In den letzten Tagen war in den parlamentarischen Kreisen vielfach davon die Rede, daß er unauffällig entscheidende Schritte gegen die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs unternehmen werde. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Vielmehr besteht der Eindruck, daß Stresemann sich endgültig mit der Kandidatur Hindenburg abgefunden habe und sogar bereit sei, sie moralisch zu unterstützen. Es verlautet, daß er die Absicht habe, als Führer der Deutschen Volkspartei an allen offiziellen Kundgebungen für Hindenburg teilzunehmen. Im übrigen ist der Außenminister gegenüber den Vorstellungen parlamentarischer Führer der Mittelparteien entschlossen, im selben Maße gegen die Kandidatur Hindenburg Stellung zu nehmen.

## Briand soll vernommen werden

TU Berlin, 14. April. Der Barmat-Untersuchungsausschuß des Reichstages nimmt am 15. April vormittags 10 Uhr seine Arbeiten wieder auf. Der Ausschuß will in den nächsten Tagen Spuren im Büro abholen, um Barmat selbst unter den früheren Reichsministern töte zu vernehmen. Ob es zu diesen Vernehmungen kommt, steht noch nicht fest, da die Entscheidungen des Untersuchungsausschusses noch nicht vorliegen.

## Die Reichsregierung und das Rheinland

TU Berlin, 15. April. (Drahtmeldung.) Von unrichtiger Seite erfahren wir, daß die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der interalliierten Rheinlandkommission über die Mildebung der Besetzungsmaßnahmen im Rheinland in nächster Zeit ihren Fortgang nehmen werden. Im Zusammenhang hiermit steht auch der gegenwärtige Aufenthalt des Ministers Dr. Franzen im befreiten Gebiet. Die Reichsregierung ist nach wie vor bestrebt, bei den Verhandlungen mit der Besatzung zu erreichen, daß ein deutscher Delegierter mit weitgehenden Vollmachten an dem Besetzungsregime beteiligt wird und ähnlich wie der frühere Reichskommissar der besetzten Gebiete das Recht genießt, bei allen Maßnahmen der Besatzungsbehörden mitzuwirken. Es ist möglich, daß die neuen Verhandlungen alsbald nach der Wiederaufnahme der Erörterungen über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone in Fuß kommen werden.

## Stresemanns Osterbesuch bei Hindenburg

s. Hannover, 15. April. (Eig. Ber.) Wie gemeldet wird, war der Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Osterzeit über in Hannover. Es wird versichert, daß für den Fall einer Wahl Hindenburgs der Feldmarschall die Bekanntgabe einer wichtigen außen-politischen Erklärung zugesichert habe.

D. Berlin, 15. April. (Drahtmeldung.) Wie wir hören, wird der Präsidentschaftskandidat des Reichsblocks, Generalfeldmarschall von Hindenburg, im Verlaufe des Wahlkampfes ein politisches Programm entwerfen. Dieses Programm würde sich im wesentlichen mit den Auflösungen decken, die Dr. Briand vor dem ersten Wahlkampf in seinen öffentlichen Reden vertreten hat. Im übrigen wird von Seiten der dem

Reichsblock nahestehenden Parteien mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß irgendwelche politischen Abmachungen zwischen dem Reichsblock und Feldmarschall von Hindenburg nicht getroffen worden sind. Hindenburg habe sich nach wie vor seine völlige persönliche und politische Unabhängigkeit bewahrt.

## Entlassungen im Bergbau

s. Berlin, 14. April. Nach einer Meldung aus den deutschen Kohlenrevieren wird in den nächsten Tagen mit einer bedeutenden Entlassung der Bergarbeiter geschnitten, da die Arbeitsmöglichkeiten sich weiterhin verschlechtert haben. Man rechnet mit sehr umfangreichen Entlassungen. Bei den Räumungen soll in erster Reihe auf Ausländer und solche Bergarbeiter gezielt werden, die sich in der kommenden Saison bei Bauten und in der Landwirtschaft beschäftigen können.

Nicht weitere Betriebsstilllegungen in Ruhrrevier sind im ersten Drittel des April erfolgt. Unter den stillgelegten Werken befinden sich die Zechen der Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaften.

s. Essen, 15. April. (Eig. Ber.) Die Osterversammlungen der Bergarbeiter im Ruhrrevier nahmen einen ereignisreichen Verlauf. Es wurde beschlossen, nachdem der Reichswirtschaftsminister die Anerkennung des Schießbruches abgelehnt hat, den Werkleitungen am Mittwoch die Forderungen neu zu unterbreiten und diese bis zum 30. April zu bestreiten.

## Feierlichkeiten in saarländischen Bergwerken

s. Saarbrücken, 15. April. In einer Befreiung der Bergwerksdirektion mit Vertretern der Organisationen machte ein Direktor davon Mitteilung, daß die Bergwerksdirektionen sich infolge Misserfolgs genötigt sehen, im Monat April Mai seien bereits Feierlichkeiten unvermeidlich.

## Ergebnislose Arbeitszeitverhandlungen im oberschlesischen Bergbau

Siehe Seite 3.

## Briand verzichtet

Auch Painlevé lehnt ab — Herriot im neuen Kabinett wahrscheinlich Außenminister

s. Zürich, 15. April. (Eig. Ber.) Die Neue Zürcher Ztg. telegraphiert aus Paris: Um Mitternacht hat sich Herriot bereit erklärt, in einem Kabinett Painlevé das Außenministerium zu übernehmen, da die Monarchie hat sich Bedenktzeit bis Mittwoch nachmittag ausgeschrieben.

Paris, 14. April.

Briand legte sich heute abend 7.30 Uhr zum Präsidenten der Republik und teilte ihm mit, daß er den Auftrag zur Kabinettbildung endgültig ablehnen müsse.

Die Entscheidung des sozialistischen Nationalrates wurde Briand um 3 Uhr überbracht. Er trat sofort mit den radikalsozialistischen Abgeordneten zu einer abendländigen Versprechung zusammen. Um 6 Uhr abends traf im Senat die Nachricht ein, daß Briand im Einverständnis mit Sarraut und zahlreichen Mitgliedern der radikalsozialistischen Partei einen letzten Versuch für Bildung des Kabinetts unternommen würde. Wie verlautet, sollte sich dieses Kabinett zum größten Teil den radikalsozialistischen und den Linksparteien sowie den sozialistischen Parteien anschließen, die ausschließlich die Einigung erstreben. Trotz der Unterstützung Sarrauts und des Bureaus seiner Freunde hat Briand nun doch auf die Kabinettbildung verzichtet. Eine Sitzung des radikalsozialistischen Ausschusses wurde in aller Eile abgezögert.

Die Painlevé ist wiederholter Aufforderung um keinen Preis ein Kabinett bilden wird, redet man jetzt mit einem Kabinett René Menault, in dem Herriot das Außenministerium und de Monzie das Finanzministerium übernehmen würde.

Der sozialistische Parteilager trat heute nachmittag um 13 Uhr zusammen. Leon Blum berichtete über den Vorschlag Briands, an der Kabinettbildung teilzunehmen und beantragte die Ablehnung des Vorschlags. Der Kongress sprach sich einstimmig gegen die sozialdemokratische Beteiligung an der Regierungsbildung aus.

## Die belgische Kabinett-Krise

Brüssel, 14. April. Der König hat Vandervelde gebeten, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen. Vandervelde hat sich die Zusage vorbehalten, da er zuvor seine Freunde zu Rate ziehen will.

Vandervelde hat heute den Generalrat der Arbeiterpartei um Stellungnahme zu seiner Vergleichung mit der Kabinettbildung erfragt. Die Arbeiterpartei beschloß nach langen Erörterungen mit den anderen Parteien über die Bildung eines Kabinetts in Führung zu treten. Die nächste Tagung wurde auf kommenden Sonntag verschoben.

## Die Grünen Poinears

s. Genf, 15. April. (Eig. Ber.) Das Journal meldet aus Paris: Der Ausweis der Bank von Frankreich ergibt die ungünstige Schätzung des Notenumlaufs um 4 Millarden Franken.

## Frankfurter Justiz

TU Frankfurt, 14. April. Unlängst wurde hier, wie berichtet, ein junger Mann namens Holland von französischen Soldaten schwer mishandelt. Holland ist unter den Misshandlungen körperlich und seelisch so zusammengebrochen, daß er aus Angst vor weiteren Misshandlungen angegriffen und ihnen dadurch Frankreich zu ihrem Verhalten gegeben. Die Franzosen befürchteten nun tatsächlich, den schwer Misshandelten obendrein vor einem Kriegsgericht zu stellen und ihn wegen Angriffs gegen eine bewaffnete Macht zu bestrafen.

## Haarmann hingerichtet

TU Hannover, 15. April. Gestern früh 6 Uhr wurde der Sexualmörder Fritz Haarmann, der durch Urteil des Schwurgerichts vom 19. September 1924 wegen Mordes in 24 Fällen, 24 mal zum Tode verurteilt wurde, durch den Schafotenhauptmann Grittner Magdeburg auf dem Hof des Gerichtsgesangsstücks zu Hannover hingerichtet. Die Hinrichtung erfolgte durch Fallbeil. Der Verurteilte machte einen gespannten Eindruck und erklärte, daß er die Tat nicht bereue. Die Strafvollstreckung hat sich in wenigen Minuten vollzogen.

## Überfall auf den Baron von Bulgaroff

TU Paris, 15. April. Der Baron meldet aus Sofia, daß der König, als er sich im Auto auf die Jagd begab, von einer Räuberbande mit Gewehrschüssen empfangen wurde. Einer seiner Begleiter und der Jäger wurden getötet, der Chauffeur schwer verletzt. Der König fuhr sofort zurück, stieg aber unterwegs gegen einen Baum, wobei das Auto umstürzte. Der König segnete seiner Weg zu Fuß fort und holte eine Abteilung Soldaten herbei, die die Verfolgung der Bande aufnahmen. Der König ist nach Sofia zurückgekehrt.

## Marx in Königsberg

### Seine Programmrede

Der Kandidat des Volksblocks für den entscheidenden zweiten Wahlkreis zur Präsidentschaftswahl Reichskanzler a. D. Dr. Marx hielt heute in Königsberg seine erste Wahlrede, der programmatische Bedeutung aufzutragen.

Dr. Marx führte u. a. aus:

Aus vollster Überzeugung habe ich immer bestont, daß bei Deutschlands ungünstiger geographischer Lage und im besonderen nach dem Verlust des Krieges gegen eine Welt von Feinden die Außenpolitik in allen unseren politischen Errungen und Erfolgen und Erfolgen den Vorrang haben muß. Unsere politische Lage ist unverkennbar immer noch derart, daß unser politisches Vorgehen in aller erster Linie von der Außenpolitik bestimmt wird. Wir sind in sehr wichtigen Beziehungen von der Einstellung ausländischer Mächte abhängig, eine Abhängigkeit die durch den Verlust des Krieges stark verstärkt und zum Teil erst verursacht worden ist.

Wir sind ein entwaffnetes Volk und können leicht zum Spielball fremder Mächte werden, wenn im Ausland wieder einmal imperialistischer Eroberungsdrang und röhe Gewalt vernünftige Überlegung und wirtschaftliche Notwendigkeiten verdrängen sollten.

Doch wir aber bei aller durch unser ureigenstes Interesse gebotenen Rückicht auf das Ausland unsere nationale Ehre und Würde wahren, das sind wir dem deutschen Volke, seiner großen Vergangenheit und seiner weltgeschichtlichen Bedeutung schuldig. Unsere nationale Ehre verlangt aber nicht, daß wir eine Macht vorlaufen, die wir nicht besitzen. Unserer deutschen Ehre sind wir nicht große und hohle Worte schuldig, sondern overwältige Taten, die nur Land und Volk weiter vorwärts und aufwärts bringen.

Marx ging dann näher auf die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage ein und bezeichnet es als die ernste Pflicht aller, die Einfluss auf die Politik und das öffentliche Leben haben, alles zu vermeiden, was die Festigkeit unserer Freiheit und des ruhigen Fortschritts unserer Wirtschaft zu stören in der Lage wäre.

Wir sind durch den verlorenen Krieg, so sagt er weiter, ein schwaches Volk geworden und darum müssen wir mit feindlicher Gegenfahrt alles vermeiden, was dem machamen Auslande Nutzen geben kann, zu glauben, daß wir nicht mehr eine Politik der Verständigung, sondern der Revanche führen wollen. Die Fortschreibung und Sicherung der Verständigungspolitik muss auch der Leitgedanke bei der Präsidentenwahl sein, wenn anders nicht großer